

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

17.6.1922 (No. 138)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 72 M. — Einzelnummer 1. — M. — Anzeigengebühr: 1.70 M. für 1 mm Höhe und ein Stengel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Straße Nr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die in der Zeitung nicht veröffentlicht werden können, ist der Abnehmer für die Kosten der Anfertigung und Konfirmation zu sorgen. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Ansetzer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Das Krankenhaus Rohrbach und das Beobachtungs-Krankenhaus.

Arbeitsminister Dr. Engler besuchte am gestrigen 16. Juni zusammen mit Politikern verschiedener Parteien des Badischen Landtags das Krankenhaus Rohrbach bei Heidelberg der Bad. Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Die Teilnehmer konnten sich davon überzeugen, wie segensreich, aber auch wie dringend notwendige Arbeit und Einrichtung hier für die schwerkranken Kriegsgespielen geworden ist. In gemeinsamer Arbeit mit der Hauptfürsorgestelle haben der Direktor des Krankenhauses Dr. Gad und der Vertrauensarzt der Hauptfürsorgestelle Professor Dr. Franke für dieses hergegeben, um in Rohrbach ein Krankenhaus zu schaffen, das als Muster eines Tuberkulose-Krankenhauses dienen kann.

Die Teilnehmer sprachen verschiedentlich mit den Insassen, teilweise schwerleidenden Männern und Frauen. Die Kranken drückten sich durchweg lobend und anerkennend, insbesondere auch über die Pflege durch die katholischen Ordensschwestern aus. Besonderer Wert wird in Rohrbach auf die gleichzeitige ärztliche und soziale Betreuung der Kranken gelegt. Die Kranken brachten den Wunsch vor, es möge doch alles daran gesetzt werden, ihnen nach ihrer Entlassung für Arbeit zu sorgen. Mit den derzeitigen entwerteten Rentenbezügen könne niemand leben.

Anschließend an die Besichtigung in Rohrbach fand ein Besuch des Beobachtungs-Krankenhauses Heidelberg, einer Einrichtung des Reichsarbeitsministeriums, statt. Hier war Gelegenheit geboten, sich über die aus den Bedürfnissen des Reichsbundes und die inzwischen eingeleiteten Maßnahmen des Reichsarbeitsministeriums geschaffene Lage zu besprechen. Glücklicherweise wird der unliebsame Streit, der auch die Öffentlichkeit beschäftigt hat, nunmehr hoffentlich raschstens beigelegt, denn er hat zweifellos den Kriegsgespielen nicht zum Vorteil gereicht.

Man überzeugte sich, daß der Leiter des Beobachtungs-Krankenhauses, Professor Sieber, und die übrigen Ärzte nur das Beste der Kriegsbeschädigten bezwecken und sich dabei lediglich durch ihr ärztliches Gewissen und durch Staatsgefühl, aber nicht von fiskalischen Gesichtspunkten leiten lassen.

#### Die Beamtengehälter.

Die Reichsregierung hat die Vertreter der Länder nach Berlin berufen, um über eingegangene Anträge der Beamten- und Angestellten-Organisationen, welche eine weitere Erhöhung der Gehälter der Staatsangestellten infolge der steigenden Teuerung zum Ziele haben, Beratung zu pflegen.

#### Frankreich u. der Pazifismus.

Unter dieser Überschrift wird der Reichs-Korrespondenz „Nord-Süd“ unter dem 16. Juni von ihrem Berliner Mitarbeiter geschrieben: Der Anfang dieser Woche kann für die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland der Anfang einer Wendung zum Besseren werden, wenn der gute Wille auf beiden Seiten, der sich von französischer Seite wenigstens in öffentlichen Reden stärker und dringender hervorwagt, als man es früher gewohnt war, ... wenn also dieser gute Wille auf beiden Seiten anfängt und sich zu praktischen Taten verdichtet. Denn ohne praktische Taten bleibt die idealistischste Auffassung von dem Verhältnis der beiden Nachbarn zueinander eine klingende Schelle. Aber es sieht so aus, als wenn, nach den letzten Meldungen zu urteilen, in Paris nach der Sabotage der Bankierskonferenz die offizielle französische Politik plötzlich gerade in den politischen Kreisen, die diese Konferenz zum Scheitern brachten, ein gewisses Taufen und Bögen sich bemerkbar machte, da auch dort der Rückfall in den alten Zustand mit der sich daraus ergebenden Notwendigkeit die alte Methode des Druckes und der Bedrohung wieder anzuwenden, nicht gerade mit freudigen Augen angesehen wird.

Aber nicht nur das. Auch die Kundgebung der Pazifisten im Reichstag und im Lehrervereinshaus am Sonntag und am Dienstag dieser Woche, wenn sie auch von ganz anderen Kreisen französischer Politiker ausgeht, läuft doch der eben skizzierten neuen Wendung in Paris parallel und bekommt im Rahmen der gesamten Entwicklung beinahe ein Aussehen, wie wenn hier bewußt oder unbewußt Schrittmacher einer besseren Zukunft am Werke wären.

Wer der vom deutschen Friedenskartell im Reichstag veranstalteten Kundgebung beiwohnte, konnte sich überzeugen, daß auf beiden Seiten, bei den Deutschen wie den Franzosen, bei von Gerlach, dem Grafen Harry Kessler, dem Reichspräsidenten Lohde ein ebenso guter Wille zur Verständigung herrschte wie bei dem 81-jährigen Ferdinand Duissan, dem Präsidenten der französischen Liga für Menschenrechte, den Professoren Viktor Wafsch und Bouglé und dem sozialistischen Abgeordneten Renaudel. Und man kann es auch begreifen, daß die zahlreiche Versammlung sich gern und willig mitreihen und erwärmen ließ von dem Feuer der Begeisterung, das alle Redner für die schöne Sache der deutsch-französischen Verständigung anzündeten. Man hatte stellenweise

aus den hitzprämischen Reden einen so überwältigenden Eindruck von der Notwendigkeit, fast von der Selbstverständlichkeit des freundschaftlichen Zusammenarbeitens der beiden Nationen, daß man schließlich kaum noch begriff, woher es denn kommt, daß diese beiden Nationen, deren, wie einer der Franzosen sagte, die Welt nicht entzweit tann, in Wirklichkeit sich mit den feindlichsten Gefühlen und den unfreundlichsten Taten bedenken, daß zwischen ihnen kein Vertrauen, sondern das allergrößte Mißtrauen herrscht, daß zwischen ihnen immer noch tatsächlich nichts anderes gilt als Gewalt und Furcht und daß jeder Tag den Abgrund, der sich zwischen ihnen aufgetan hat, immer mehr vergrößert, und zwar wie in Deutschland wohl die überwältigende Mehrheit glaubt, infolge der wahnsinnigen Forderungen des Versailler Vertrages und der künftigen Forderungen, ihrerseits auch wieder auf Furcht aufgebauten Gerichtsvolkzueherpolitik der französischen Regierung der Nachkriegszeit.

Es ergriß am Sonntag im Reichstag die den Sitzungs-saal und die Tribünen bis zum letzten Platz füllenden Friedensfreunde ein solcher Hauch der Begeisterung, daß sie gar nicht merkten, wie in all den schönen Reden Franzosen und Deutsche in den wichtigsten Punkten des Problems im letzten Grunde an einander vorbeiredeten, sich also gar nicht verstanden, oder vielleicht auch Angst hatten, einander zu verstehen. Man weiß nicht.

Gedacht war diese Kundgebung jedenfalls von beiden Seiten auherordentlich aufrichtig als ein Schritt zur Annäherung, und sie wird tatsächlich auch in diesem Betracht nicht ganz unnützlich gewesen sein. Aber sie zeigte zugleich doch die erschreckend hohen Hindernisse, welche es gilt wegzuräumen, ehe zwischen den beiden Völkern wieder die Sonne scheint.

Es soll gut sein, daß die französischen Herren erklärten, Grundlage für eine dauernde Verständigung sei die Frage der Reparationen. Das begreift man. Frankreich ist durch den Krieg, nicht nur durch die deutschen Kanonen allein, gewiß nicht, sondern auch durch die französischen und englischen Kanonen, mehr als vielleicht manchmal nötig gewesen wäre, tatsächlich teilweise scheußlich verwüstet worden. Und daß hier Deutschland mithelfen muß, wiebergutzumachen, ist für jeden Deutschen selbstverständlich. Aber daß das nur geschehen kann, soweit die Kräfte des deutschen Volkes reichen, ist von den Franzosen an keiner Stelle gesagt worden, wie jeder zugeben muß, der am Sonntag den Reden im Reichstag folgte. Der Sinn der französischen Reden war: Der Schade muß wieder gutgemacht werden. Deutschland hat ihn angerichtet. Deutschland muß die verwüsteten Gegenden wiederaufbauen und muß auch für die menschlichen Ruinen des Krieges sorgen. Dabei fragen sie sich nicht oder erörtern wenigstens die Frage nicht, ob diese Forderungen des Versailler Vertrages in ihrem Umfang gerechtfertigt oder nur ausführbar sind. Und da kann man fragen: Worin unterscheiden sich denn im letzten Grunde die französischen Pazifisten von den französischen Politikern, die augenblicklich für die Führung der französischen Politik verantwortlich sind?

Vielleicht würden sie, an die Regierung gelangt, andere Mittel anwenden, um die auch nach ihrer Auffassung zu recht bestehenden französischen Forderungen nach Wiebergutmachung durchzusetzen. Vielleicht. Aber es ist doch nicht unbedeutend daran zu zweifeln. Denn über die seit über 3 Jahre andauernde Besetzung des Rheinlandes, über die Scheußlichkeiten des Regimes in unserer schönen Westprovinz haben sie nicht ein einziges Wort verloren. Aber diese Besetzung — das ist doch noch Krieg! Eine bis an die Zähne bewaffnete Soldateska, zum Teil scheußlichster und barbarischer Art gegenüber einem völlig wehrlos gemachten Volk! Und das kann doch kein wirklich geeignetes Mittel sein, neben der erzwungenen materiellen Abrüstung auch die moralische Abrüstung der Geister herbeizuführen, deren Fehlen die Franzosen den Deutschen immer wieder als eigentlichen Grund für die französischen Sicherheitspolitik vorhalten. Wie ist es möglich, daß aufrechter französische Pazifisten, an deren persönlichem Idealismus kein Zweifel erlaubt ist, nicht sehen, daß hier erst einmal die Methode gründlich geändert werden muß?

Und noch eins kommt hinzu: Man kann sich füglich wundern über das offenbar gutgläubige Erlaunen, das unter den Franzosen besonders Viktor Wafsch zeigte, als ihm im Laufe dieser Tage klargemacht wurde, daß auch das deutsche Volk noch heute in dem guten Glauben lebe, 1914 ebenfalls überfallen worden zu sein. Was für seinen Kollegen von der Liga der Menschenrechte ist ebenso wie die chauvinistischen Franzosen davon überzeugt, noch heute überzeugt, daß die Zentralmächte allein ganz allein am Ausbruch des Krieges schuld sind. Da kann man sich fragen: Was lesen diese Herren in Paris? Lesen sie nur die Boulevardblätter? Haben sie nie etwas von der russischen Mobilmachung

gehört oder vom Suchomlinow-Prozess? Ist ihnen wirklich niemals der Gedanke gekommen, daß die Dinge doch (es wäre in der Welt zum ersten Male) nicht so einfach liegen, daß die sämtlichen Völker der Entente ganz harmlos in ihrem Friedenshaus saßen, ganz zurückgezogen ihren Kohl bauten und an der Weltpolitik in nichts beteiligt waren und daß dann über Nacht ohne jede Veranlassung die bösen Deutschen kamen und ihnen das Haus über dem Kopf anzündeten? Sind sie nie der Erwägung nähergetreten, daß der eilige Marsch des deutschen Heeres nach Belgien auch die Folge einer Angstpolitik sein konnte, nämlich der Furcht der deutschen Regierung angesichts der höchst bedenklichen Entwicklung der internationalen Politik, der letzten Jahre vor dem Kriege, angesichts der Zuspitzung des serbisch-österreichischen Konfliktes und der effektiven Mobilmachung Rußlands plötzlich von allen Seiten die Heere der verbündeten fremden Staaten nach Deutschland marschieren zu sehen?

Man sieht, es gähnen hier noch Abgründe zwischen den Anschauungen, die in Deutschland beinahe Gemeingut des ganzen Volkes sind und den Anschauungen der friedlichsten der Franzosen, gar nicht zu reden von den anderen und besonders von denen, die das Heft in der Hand haben und die französische Politik leiten.

Trotzdem: Alles dieses wird doch nicht umsonst sein. Man könnte es allerdings verstehen, daß auch die französischen Pazifisten, wenn sie wieder in Paris einziehen, unter dem starken Druck der eigenartigen Pariser Atmosphäre die Dinge vielleicht nicht mehr ganz so ansehen, wie sie sie hier noch ansehen. Aber verloren ist darum ihr Berliner Aufenthalt noch nicht, finden sie doch selbst in Paris diesmal einen leisen Zweifel an der Nützlichkeit des starren, unerlöschlichen, grausamen Rechtsstandpunktes, wie ihn die Pariser Politik bisher vertreten hat, dessen Folgen sie aber mehr und mehr selbst unangenehm zu spüren bekommt.

#### Badische Wochenrückblicke.

##### Kleinrentnerhilfe.

Zu den sozialpolitischen Fragen, die heute die Öffentlichkeit im hohem Maße beschäftigen, zählt auch die Frage der Kleinrentnerfürsorge. Die fortschreitende Geldentwertung bringt es mit sich, daß der Kreis derjenigen, die nicht mehr in der Lage sind, das Mißverhältnis zwischen ihrem kärglichen Renteneinkommen und den zur Bestreitung auch nur des minimalsten Lebensunterhalts erforderlichen Ausgaben mit Hilfe irgend eines Arbeitsverdienstes auszugleichen, immer größer wird; von dem Stand derer, die diesem Schicksal schon seit langem verfallen sind und ihre Kapitalbestände schon ganz oder teilweise aufzehren mußten, ganz zu schweigen.

Die Allgemeinheit hat ein dringendes Interesse daran, daß diesem allmählichen Versinken großer Bevölkerungsschichten in Hunger und Not Einhalt getan wird, und sie verfolgt denn auch alle Maßnahmen, die diesem Zwecke dienen, mit aufmerksamem Interesse. Es darf, wie wir schon bei früherer Gelegenheit betonten, als ein bleibendes Verdienst von Regierung, Landtag und Gemeinden gebucht werden, daß in Baden in dieser Richtung schon seit langem alles nach Lage der Verhältnisse nur irgend Mögliche getan wurde, um der Kleinrentnernot zu begegnen und es besteht angesichts dessen auch kein Zweifel an der Bereitwilligkeit von Land und Gemeinden, auch den neuen, an sie demnächst heranretenden Ansprüchen auf Grund des kürzlich vom Reichstag beschlossenen großzügigen Hilfswerks für notleidende Kleinrentner Genüge zu leisten.

Aber die Einzelheiten dieser Hilfsaktion ist dieser Tage schon des näheren von uns berichtet worden. In Anbetracht der Wichtigkeit der Angelegenheit nicht allein für die beteiligten Kreise, sondern auch für die Volksgemeinschaft, wollen wir indes auch an dieser Stelle nochmals das Wesentliche aus den getroffenen Bestimmungen kurz rekapitulieren. Der Reichstag hat also beschlossen, für den Zweck der Kleinrentnerhilfe 500 Millionen Mark zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß die Länder und Gemeinden zusammen nochmals den doppelten Betrag aufbringen, so daß insgesamt ein Betrag von 1½ Milliarden zur Verfügung stehen wird. Baden erhält ca. 17½ Millionen, 35 weitere hätten Staat und Gemeinden je zur Hälfte aufzubringen. Insgesamt ergäbe sich somit für Baden eine Summe von über 52½ Millionen.

Die Hilfeleistung ist so gedacht, daß die notleidenden Kleinrentner ihr Vermögen in eine *Vitalrentenrente* umwandeln, indem sie es der Gemeinde als Sicherheitsleistung verpfänden — wobei zu beachten ist, daß sie die Zinsscheine selbst in der Hand behalten und zudem jederzeit den Betrag auflösen und das Vermögen wieder an sich nehmen können — und daß ihnen sodann ihr unzureichendes Zinseinkommen bis zu einer bestimmten Höhe aufgefüllt wird, die etwa der Höhe der Erwerbslosenunterstützung gleichgestellt werden soll. Die Höhe der Erwerbslosenunterstützung stehen unmittelbar vor einer Erhöhung durch die Reichsregierung. So lange diese Erhöhung nicht erfolgt ist, sind die Gemeinden befugt, auch über die derzeitigen unzureichenden Höhe hinauszugehen. Die erforderliche Auffüllung — d. h. also der Unterschied zwischen dem Einkommen des Rentners und der Erwerbslosenunterstützung — wird zu zwei Dritteln aus einem zinsfreien

Darlehens zu einem Drittel aus einem nicht auf das Kapital anrechenbaren Zuschuß bestritten.

Wenn kleinere Vermögen im Laufe einiger Jahre etwa dadurch, daß die Darlehenssumme den Betrag des verpfändeten Vermögens erreicht hat, buchnäßig aufgezehrt sind, Vermögen zur Sicherung eines Darlehens also nicht mehr vorhanden ist, tritt nach den Richtlinien des Arbeitsministeriums die allgemeine Fürsorge ein. Diese soll dem Rentner ein angemessenes Existenzminimum sichern, das nach billigem Ermessen des Gemeindefürsorgeamts unter Berücksichtigung des anderen Volkstheils zugesicherten Existenzminimums, sowie des bisherigen Jahresverbrauchs des unterstützten Rentners einzusehen ist. Damit die vom Reich in Aussicht gestellte Beihilfe den badiischen Kleinrentnern auch wirklich zugute kommt, ist es, wie mitgeteilt, nötig, daß diese ihre Ansprüche bei den gemeindlichen Fürsorgeämtern baldigst einreichen. In Karlsruhe und Freiburg laufen schon heute je etwa 100 Verpfändungsverträge.

Im übrigen ist die Kleinrentnerhilfe, wie bekannt, nicht auf das geschilderte Verfahren beschränkt, sondern es laufen daneben auch noch viele andere Hilfsmöglichkeiten, wie Arbeitsbeschaffung, Unterbringung in Heimen usw. Für die Rentner empfiehlt es sich auf jeden Fall, sich in ihrer unverschuldeten Notlage an die zuständigen örtlichen Fürsorgeämter um Rat und Auskunft zu wenden. Ein wichtiger Teil der Arbeit ist es, bis Not und Entbehrung ihre Gesundheit untergraben. Die Rentnerhilfe ist kein Almosen, sondern die Bewältigung des Gedankens der Pflicht der Allgemeinheit, für die unter der allgemeinen Not am schwersten Leidenden einzuspringen.

#### Neuorganisation der Tuberkulosefürsorge in Karlsruhe.

Der Karlsruher Bürgerausschuß hat soeben einer sozialhygienisch höchst bedeutsamen Vorlage seine Zustimmung erteilt. Es handelt sich dabei um die Neuorganisation der Tuberkulosefürsorge, die bisher hauptsächlich in der Hand des gerade auf diesem Gebiet vorbildlich tätigen Badischen Frauenvereins gelegen hatte. Die nach dem Kriege in Angriff genommene Neuorganisation des gesamten städtischen Fürsorgewesens, deren erster grundlegender Schritt die Errichtung des städtischen Fürsorgeamtes war, hat in der Folge zu der Erkenntnis geführt, daß auch die Tuberkulosefürsorge nicht außerhalb des Rahmens der Gesamtorganisation des städtischen Fürsorgewesens, von dem sie doch auch nur einen integrierenden Bestandteil darstellt, mit Erfolg betrieben werden kann, daß vielmehr eine Einbeziehung dieses Zweiges der Fürsorge in den Bereich einer planmäßigen organisierten Arbeitsgemeinschaft mit Nachdruck anzustreben war. Da zudem auch die Ortskrankenkasse für ein Zusammengehen mit der Stadtverwaltung war, hat der Stadtrat sich zur Unterbreitung der erwähnten Vorlage entschlossen. Das Wesentliche an der Neuordnung ist die Anstellung eines Facharztes im Hauptamt, der sich ausschließlich den Aufgaben der Tuberkulosebekämpfung zu widmen hat. Daneben soll eine weibliche Hilfskraft angestellt werden. Die Unterbringung der Fürsorgestelle erfolgt im städtischen Krankenhaus, was u. a. schon deshalb von besonderem Vorteil ist, weil ihr dort eine mit den neuesten Apparaten versehene Röntgenabteilung für diagnostische Zwecke zur Verfügung steht. Einen Teil der Kosten tragen die Orts- und Betriebskrankenkassen, die Stadt Durlach, die Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sowie voraussichtlich der Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Die Aufgaben der Fürsorgestelle sind erfreulich weit gefaßt, da sie sich nicht nur auf die Feststellung des Krankheitszustandes der ihr zugewiesenen Lungenträger erstrecken, sondern auch die Einleitung und Betreibung der in jedem einzelnen Falle erforderlichen Heilungs- und Fürsorgemaßnahmen einschließlich der nötigen Vorkehrungen zum Schutze der Bevölkerung gegen Ansteckung, die Aufklärung der Bevölkerung über das Wesen der Tuberkulose und ihre Bekämpfung sowie die umfassende und planmäßige Förderung aller Maßnahmen und Bestrebungen, die mit der Bekämpfung der Ursachen der Tuberkulose und ihrer Verbreitung im Zusammenhang stehen, umfassen. Mit allen übrigen Wohlfahrts-einrichtungen der Stadt steht die Tuberkulosefürsorge in enger Verbindung.

Zur Überweisung an die Fürsorgestelle sind die Ärzte, Krankenkassen, die Landesversicherungsanstalt, das städtische Fürsorgeamt einschließlich der amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, der Stadtschul- und die städtischen Säuglings- und Kleinkinderberatungsstellen, die Stadt Durlach und die beteiligten Nachbargemeinden berechnigt. Lungenträger, für die keine Überweisungsberechtigte Stelle vorhanden ist, können sich unmittelbar an die Fürsorgestelle wenden. Zur Prüfung und Überwachung der häuslichen Verhältnisse der in Fürsorge stehenden Personen wird ein besonderer ehrenamtlicher Pflegedienst für Lungenträger errichtet. Die Inanspruchnahme der Tätigkeit des

ärztlichen Leiters der Fürsorgestelle ist für alle Beteiligten unentgeltlich. Aber die Tragung der Kosten für Röntgendurchleuchtungen und sonstige von der Fürsorgestelle angeordnete Maßnahmen muß von Fall zu Fall verhandelt werden, wenn die Kranken selbst hierfür nicht aufkommen können. Der Karlsruher Bürgerausschuß hat mit der getroffenen Neuordnung ein erfreuliches Beispiel gegeben, das hoffentlich auch in anderen Städten rege Nachahmung findet.

## Politische Neuigkeiten.

### Ein Trauertag für das deutsche Volk.

Anläßlich der heute erfolgenden Einverleibung des germanischen Teils von Oberschlesien in den polnischen Staatsverband erließen der Reichspräsident, die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung folgenden Aufruf:

Ein Trauertag ist angebrochen, den zu vermeiden wir drei Jahre heilig kämpfen! Ein Teil Oberschlesiens wird heute einem fremden Staatsverband einverleibt, ein Teil des Landes, dessen Unzerrennbarkeit so oft von den Staatsmännern und Sachverständigen aller Länder, am meisten aber von den Oberschlesiern selbst, betont wurde. Ein lothbares Stück deutscher Erde, das in jahrhundertelanger Arbeit durch deutsche Fleiß und deutsche Tüchtigkeit zur höchsten wirtschaftlichen Blüte gebracht worden ist, wird dadurch dem Mutterlande losgerissen.

Nach den ersten Friedensbedingungen sollte ganz Oberschlesien kurzerhand Polen zugesprochen werden. Eine der wenigen Änderungen, die in Versailles durchgeführt werden konnten, war das Zugeständnis der Abstimmung. Die Oberschlesier wissen, unter wie vielen Demütigungen und Bedrohungen, ja selbst unter Gefahren für Leib und Leben die deutsche Bevölkerung an vielen Orten abstimmen mußte. Trost und Mut gab ihnen die Erinnerung an die Opfer, die die deutsche Bevölkerung im Weltkrieg gebracht hat. Sie wissen, daß die deutsche Nation die Opfer der Oberschlesier nicht vergesse. Sie wissen, daß die deutsche Nation die Opfer der Oberschlesier nicht vergesse. Sie wissen, daß die deutsche Nation die Opfer der Oberschlesier nicht vergesse.

Oberschlesier, die Ihr heute von uns scheiden müßt, Euch rufen wir die letzten Abschiedsgrüße zu. Habt Dank für Eure Treue. Die Gefühle, die Euch heute bewegen, teilt mit Euch das deutsche Volk. Wir bemühen uns, durch ein Abkommen mit Polen Euch und ganz Oberschlesien nach Möglichkeit zu helfen. Ein klarer Rechtsgrund soll Euch vor allem das Gute erhalten werden, woran Ihr hängt wie wir: die deutsche Kulturgesellschaft, die deutsche Sprache, das deutsche Heimatgefühl!

Oberschlesier, die Ihr bei uns bleibt, die Ihr nach jahrelangem Dulden und Harren der Fesseln der Fremdherrschaft ledig werdet, seid gewiß, daß wir Euch nach Kräften helfen werden, die schweren Wunden zu heilen, welche Euch die Jahre der Bedrückung geschlagen haben. Unter dem Schutze des Rechts und der Freiheit werdet Ihr wieder Eurer friedlichen Beschäftigung nachgehen und mit uns am Wiederaufbau unseres Vaterlandes arbeiten.

Ihr werdet Euch durch die berechnete Erbitterung zu keiner ungeschicklichen Handlung verführen lassen. Ihr werdet das in Euch geschlossene Abkommen wahren. Ihr müßt, daß eine Kommission unter neutraler Führung unter dem Schutze der Rote, der Polen hier und der Deutschen dort, wachen wird und daß Ihr Euren Volksgenossen jenseits der neuen Grenze keinen Dienst leisten würdet, wenn Ihr für das Erdulden der Vergeltung üben wolltet.

Oberschlesier! In der Schicksalsstunde, die Euch Vaterland gereicht, die Bruder von Bruder trennt, reicht Euch das ganze deutsche Volk die Hand.

### Die freiwillige Volksabstimmung im Hultschiner Ländchen.

Zur Klärung der Nationalitätenfrage ergab eine überwiegende Mehrheit für den Verbleib bei Deutschland. Abgestimmt wurde nach dem Muster der ober-schlesischen Abstimmung in geheimer Wahl. In dem Dorfe Hoatz stimmten von 937 Stimmberechtigten 850 für Deutschland, 6 für die Tschecho-Slowakei, 72 Stimmen fehlten, in dem Dorfe Duschütz von 473 Stimmberechtigten 449 für Deutschland, 3 für die Tschecho-Slowakei, 21 Stimmen fehlten.

## Lloyd George und der Vertrag von Rapallo.

Im englischen Unterhause fragte William Thorne den Premierminister, ob der Reichsminister Rathenau in Genua von der Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo drei Versuche gemacht habe, eine private Zusammenkunft mit Lloyd George zustandezubringen, und ob die Zusammenkunft zustande gekommen sei, bevor Rathenau und die Russen den Vertrag von Rapallo unterzeichnet hätten. Lloyd George antwortete: Die Gemiserte Konferenz wurde am 10. April eröffnet, der Vertrag von Rapallo am 16. April unterzeichnet. Der Premierminister erklärte sodann mündlich: Ich habe Rathenau in den ersten Tagen der Woche einige Minuten gesehen, und da ich den Sinn von zwei Mitteilungen, die mir durch die Vermittlung einer neutralen Macht zugegangen sind, wohl zu deuten wußte, so sagte ich, ich würde mit Rathenau und dem Reichszugler zusammentreffen, sobald die erste anstrengende Periode der Konferenzarbeiten vorüber sei. Dem Vermittler wurde auch völlig klar gemacht, daß keinerlei Fragen, die Deutschlands besondere Interessen berühren, in Abwesenheit der deutschen Vertreter behandelt würden. Ich versuchte nunmehr, zu O'Brien ein Zusammentreffen mit dem Reichszugler und Rathenau zustandezubringen, aber die Abwesenheit Rathenaus der sich in Rapallo befand, verhinderte dies.

Shirley fragte, ob der Premierminister eine Information erhalten habe, daß das Abkommen vor der Gemiserte Konferenz zustandegekommen sei. Lloyd George antwortete mündlich: Ich hatte Informationen, daß derartige Vorverhandlungen in Berlin geführt worden waren und daß in Rapallo lediglich das letzte Stadium abgeschlossen wurde.

## Deutscher Reichstag.

Nach Erledigung mehrerer Anfragen beantragte in der gestrigen Reichstagsitzung Abgeordneter Dittmann (USP.) eine Umstellung der Tagesordnung. Der Reichstag müßte sich in erster Linie beschäftigen mit den fortgesetzten, immer mehr anwachsenden monarchistischen und militaristischen Tendenzen. (Gelächter und spöttische Zurufe rechts.) Die Veranstaltungen von Regimentsfeiern sind weiter nichts als Vorbereitungen eines neuen Reichspolitikers. (Bo, Bo-Muse rechts.) Dieselbe höhnische Abwehr zeigte sich auch, als wir 1920 vor dem Rapp-Bußich standen. Wir beantragten deshalb, daß heute schon die verchiedenen Interpellationen über die Königsberger und bayerischen Demonstrationen zur Verhandlung kommen. Der Antrag Dittmann (USP.) wird hierauf gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Die Beratung über die Zwangsankasse und Einkommensteuer wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten von der Tagesordnung abgehakt.

Der Gesekentwurf, durch den die Beiträge aus der Unfallversicherung für Gefallene vermindert werden, wird hierauf in allen drei Lesungen angenommen. Der Entwurf eines Ausfuhrabgabengesetzes wird debattellos dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Der Gesekentwurf, durch den die Vergütungen für Quartierleistungen an die Reichswehr erhöht werden, wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Beratung des Entwurfes einer Schlichtungsordnung.

Abg. Giebel (Soz.) protestiert dagegen, daß die Vorlage unmittelbar vor dem allgemeinen deutschen Gewerkschaftstages eingebracht worden ist. Erhe die freien Gewerkschaften ihre Zustimmung zu der Vorlage gegeben haben, sollten auch die Parteien sich nicht in ihrer Stellung hierzu festlegen. Gegen die scharfen Zwangsbestimmungen des Entwurfes seien viele Bedenken vorzubringen. Grundtätig stimme die Sozialdemokratie einer Schlichtungsordnung zu, auch wenn ihr von radikaler Seite Verrat im Klassenkampf vorgeworfen werde (Abg. Adolf Hoffmann ruft: Sehr wahr!). Dieser Vorwurf bleibt töricht. Denn gerade durch die Schlichtungsordnung würden die Gewerkschaften als legitime Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt.

Reichsarbeitsminister Brauns: Die Vorlage bildet den Abschluß einer langen Entwicklungsreihe, die mit dem Gewerkschaftsgesetz von 1890 begonnen hat. Von den verschiedenen Parteien ist seit Jahren eine Schlichtungsordnung gefordert worden. Der oft erhobene Vorwurf überstürzter Gesetzesmacherei kann für diese Vorlage nicht gelten. Leider ist es unmöglich gewesen, die Schlichtungsordnung gleichzeitig mit dem Arbeitsgerichtsengesetz zu beraten. Die Vorlage will den Wirtschaftsfrieden und die Interessen der Beschäftigten und der Gesamtheit fördern und sichern. Unsere völlig veränderte wirtschaftliche und rechtliche Lage gegenüber der Kriegszeit macht eine solche Vorlage dringend notwendig. Die Arbeitnehmer haben heute viel weitergehende Möglichkeiten zur Wahrung ihrer Interessen. Andererseits werden die Interessen der Gesamtheit durch Wirtschaftskämpfe viel stärker berührt als in der Kriegszeit, vor allem in den frühesten

## Kunstkritik.

### Kunstaustellungen in Karlsruhe.

Die etwas hilflose Verwirrung, die ein Publikum, das wie das Karlsruher über lange daran gewöhnt war, nur viel-fach ausgetretene Bahnen weiter zu lassen, angesichts der plötzlichen Fülle der Gesichte im heutigen Kunstleben befallt, ist ganz begründet, und viel mehr als es der Fall ist, sollten die Kunstsalons eine Mission darin sehen, nicht nur den Künstlern Ausstellungs- und damit Verkaufsmöglichkeiten zu verschaffen, sondern durch eine gewisse methodische Sachlichkeit dem gutwilligen Teil des Publikums die erwünschte Orientierung zu erleichtern. Wie schwer diese Verwirklichung kunstpolitisch auch sein mag — die Ausstellungen des kleinen bescheidenen Kunsthauses Sebald beweisen es jedenfalls, daß eine konsequent geübte Auswahl nach Qualitäts Gesichtspunkten und weiterhin die absolute Durchführung des Systems der Kollektivausstellungen die Möglichkeit gibt, ein künstlerisches Programm ernsthaft durchzuführen. Durch den unbeeinträchtigen Griff der Kunstschafferschaft der Karlsruher Akademie (die letzten, die hier begründeten Werturteile zu Worte kamen, waren Babberger, Gauseisen, Göbel, Danjin, Grimm) kann es diesem kleinen Unternehmen vielleicht einmal beschieden sein, ohne irgendwelchen Lärm und Zank eine Art Ersatz für eine Ausstellung zu schaffen, die — trotz des dahingehenden vielfach empfundenen Bedürfnisses — bislang als bewußte organisierte Bewegung aus „innerpolitischen Gründen“ noch nicht gefolgt wurde. Diesmal fiel die Wahl der Ausstellungsleitung des Kunsthauses wiederum auf einen badiischen Künstler, der — wie die hier zusammengetrugene reiche Schau seiner Bilder beweist — wohl zu den stärksten zukunftsweisenden Begabungen zu rechnen ist, auf den Forchheimer Landschaftsmaler Adolf Hildenbrand. Es lohnt angesichts dieser Ausstellungsstellung das Problem der Landschaftsmalerei, des Kunstzweiges der gerade in Baden von altersher mit Genie, Mühe, Fleiß und — Stumpfheit immer wieder behandelt wurde, ein-

mal allgemeiner ins Auge zu fassen. In seinem Tagebuch bekennt der große französische Maler Delacroix einmal, daß er so lange von „der Liebe zur Genauigkeit, die die meisten für die Wahrheit halten“ verfolgt wurde, bis es ihm einmal klar wurde, daß die künstlerische Wahrheit gerade da beginnt, wo der Maler imstande ist, das Einzelne, Naturgetreue, Wirkliche zu vernachlässigen, um sich ganz dem wesentlichen, von der eigenen schöpferischen Phantasie vollendeten Ganzen des Eindrucks hinzugeben, ja, daß letzten Endes erst die Erinnerung an Erlebtes den gewonnenen Eindruck von den letzten Schläden des Zufälligen reinigen kann. Die Bilder Hildenbrands können als Schulbeispiel für diese Theorie herhalten. Er hat gar nichts — trotz der gleichen Schule — mit dem Typus des mehr oder weniger topographische Kreuze anstrebenden Wald- und Wiesmalers gemein, der sich gern ohne innere Notwendigkeit gelegentlich impressionistisch drapiert. Man kann sich diese Landschaften — ob sie in fatten manchmal beinahe funkelnden Olfarben oder in satteren, fein vertriebenen Aquarelltönen ausgeführt sind, fast sämtlich als Erinnerungen an freilich äußerst intensive Naturerlebnisse vorstellen, aus der heraus formenwirkende überlegene Kraft Kunstwerke, Bilder schuf. Nur das eigentlich Symbolträchtige der gegebenen Formen, ist in ihnen aufgenommen, die geballte Wucht der Kunde, das spitz und drohend Jüstehende der wilden Felszacke, die dahinstehende Wildheit der gleitenden Felsklippe. Was der Wiedergabe dieses Bedeuten in der Natur nicht unmittelbar dient, ist weggelassen, daher wird man vergebens nach dem Wiederfinden bekannter Motive in diesen Landschaftsbildern suchen, diese waren nur da, daß sich eine malerische Phantasie gleichsam an ihnen entlang und konnte, die aber sodann, losgelöst vom Motiv, ihre freien Bahnen schritt. Ein mächtiger Wille zu gedrungener knapper Komposition der mitunter unmittelbar an Sodler denken läßt, verbindet sich hier in äußerst glücklicher Weise mit welchem freilich strömendem Gefühl. Die tiefblaue Seelandschaft vor allem ist von einer träumerischen Phantasie, die niederstürzenden großen Wasserfälle, Waldlandschaften mit sanft steigenden Wänden sind Bilder, die frei von jeglicher literarischen Reminiszenz ganz unmittelbar von dem tiefen Instincten und der seelenweitenden Beglückung eines starken

Naturerlebnisses reden. Zeugnisse feinsten malerischen Refinements, in der Wirkung jedoch nichts als Macht und Duft sind die aquarellierten Blätter und in der Schwarzweißkunst erhebt eine wirbelnde Beweglichkeit des Striches die meist nur Farben eigene Ausdruckskraft. Dem beschränkten Raum zufolge hat zwar die Ausstellung nur bruchstückhaften Wert, doch ist die Auswahl so trefflich, daß man aus dem Vorhandenen eine weitere, hier nicht zur Sprache kommende Seite dieses Talentes ahnt, die dichterrisch allegorische, die traumhafte Phantasie mit zwangloser Eleganz in die Formen der Natur hinein schmiegelt, der sich das Naturbild zum Märchenbilde steigert.

Auch zum „Mystiker“ hat man (wie sollte man nicht?) den Künstler bereits stempeln wollen; doch scheint die seltene Fülle dieses Temperaments der Berechtigung solcher Auffassung zu widerstreben, will man nicht — der Wortbedeutung nach — das Innere ohne Sinnenwahrnehmung allein schon Mystik nennen. Auf jeden Fall aber steht man hier vor einer ungewöhnlich reichen, ausgiebigen Kraft, die feinen weiten Weg mehr zu der letzten Stufe reifer Meisterschaft zurückzulegen haben dürfte.

Eine ganz seltsame Überraschung erlebt man diesmal in der Galerie Moos: der so beliebte Landschafts- und Marinemaler Rudolf Hellweg, dessen Bilder die Hände zahlreicher gutbürgerlicher Wohnstuden Karlsruhes zieren, zeigt sich hier von einer unerwartet neuen Seite, die scheinbar in seiner bisher geübten Kunst auch nicht im geringsten ausgebildet lag; er stellt zum Teil religiöse, ein wenig schrittartige Bilder aus, die ganz im Geiste des Berliner Expressionismus gehalten sind. Ob diese Veränderung auf wirklich echter künstlerischer Wandlung beruht — die hier ausgestellten Bilder scheinen dafür zu sprechen — oder ob es sich um ein gewagtes Experimentieren handelt, das sich vielleicht durch einen um so härteren Rückfall ins Konventionell-Bürgerliche selber richten würde, — das kann erst ein längeres Zusehen bei diesem merkwürdigen Entwicklungsgange zeigen. Einige gleichzeitig ausgestellte reife Werke Schönlebers, von dessen Art doch Hellweg ausging wirken dagegen überaus ruhig und gehalten, scheinen fast einen Abtrünnigen zur Umkehr zu mahnen!

von Sachverständigen gemeinschaftlich betrieben. Die Streiks in gewerkschaftlichen Betrieben richten sich nicht gegen die Arbeiterklasse als gegen die Privatwirtschaft. Wir sind heute gezwungen, die Kämpfe auf ein Mindestmaß zu beschränken und an ihre Stelle die gütliche Verständigung zu setzen. Das ist das Ziel der Vorlage.

Hg. Ehrhardt (Str.) bezeichnet die Sicherung des Gewerkefriedens als eine dringende Notwendigkeit für unser Volk. Das Streikrecht kann nicht entzogen werden. Der Kampf darf aber nicht Selbstzweck bleiben, wenn er nicht zu einem Fortschreiten führt. Voraussetzung, daß die Schlichtungsordnung keine Wirksamkeit entfalten läßt, ist, daß die Vorarbeiten der Schlichtungsämter für ihr Amt befähigt sind.

Hg. Graf-Hüringen (Dt. Nat.) stimmt dem Grundgedanken der Vorlage zu und beantragt Überweisung an den sozialpolitischen Ausschuss. Die Bestimmungen über die zivilrechtliche Haftung der Gewerkschaften müssen aber viel bestimmter gefaßt werden, wenn die Streiks tatsächlich beseitigt werden sollen.

Hg. Kaufhäuser (N.S.) bezeichnet die Vorlage als ein Gesetz zur Einschränkung der Freiheit der Gewerkschaften. Die Schlichtungsordnung sei der doppelte Versuch, den Aufstieg der Gewerkschaften aufzuhalten. Man wolle mit ihr den Arbeitern und Angestellten das Selbstbestimmungsrecht nehmen. Seine Partei wolle an der Verbesserung des Schlichtungswesens mitarbeiten, sie lehne es aber ab, aus dem freiwilligen Schlichtungswesen ein Zwangsverfahren zu machen.

Hg. Dr. Waldenbauer (Dt. Sp.) stimmt der Vorlage, welcher der Jurisdiktion des Klassenkampfes dient, zu. Sie will die Verständigung fördern, um möglichst jeden Streit zu vermeiden. Wenn das für eine gewisse Zeit erreicht werde, so wäre das schon ein Segen für unsere Wirtschaft.

Hg. Dr. Fiel (Dem.) hat zwar manche Bedenken gegen den bürokratischen Aufbau der Vorlage und hätte gern die berufliche Gliederung der territorialen vorgezogen. Er will aber an einem zureichenden Aufbau mitarbeiten.

Hg. Weidner (Wohr. Sp.) spricht ebenfalls Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlage aus, hofft aber, daß die Ausschüsseberatungen etwas zustande bringen, was der Arbeiterschaft und dem Volksganzen zum Segen gereicht.

Heute Samstag mittag 12 Uhr: Weiterberatung, außerdem Zwangsleihe, Erbschaftsteuer und kleinere Vorlagen.

### Die Zuckerversorgung.

Im Reichsernährungsministerium hat gestern die abschließende Sitzung über die Frage der Zuckerversorgung unter Zuziehung aller Interessenten und verschiedener Konsumentenvertreter stattgefunden. Der von der Industrie wiederum erhobene Forderung, von den noch greifbaren 2 Millionen Doppelzentner Inlandszucker Sonderzuweisungen zu erhalten, traten die Vertreter des Handels und der Konsumenten in entschiedener Form entgegen, da die vorhandenen Bestände des laufenden Jahres kaum 300 Gramm Mundzucker auf den Kopf der Bevölkerung ergeben. Man kam schließlich dahin überein, den Marmeladenfabriken und dem Backergewerbe eine geringe Menge einheimischen Zuckers zu liefern, während die Schokoladen- und Süßwarenindustrie sowie der größte Teil der Konfektfabriken auf Auslandszucker verwiesen werden sollen. Um die Erzeugung und Verteilung des noch vorhandenen Inlandszuckers sowie die Preisgestaltung zu regeln, hat die Zuckerwirtschaftsstelle eine Versammlung der ihr angeschlossenen Fabriken für die nächsten Tage nach München einberufen.

### Zwangsanleihe und Steuern.

Gestern vormittag haben unter den Parteien des Reichstages interfraktionelle Besprechungen über die parlamentarische Erledigung des Zwangsanleihegesetzes und der vorliegenden Anträge auf Abänderung der Erbschaftsteuer und der Einkommensteuer stattgefunden. Dr. Hirsch (Zg.) ist eine Verständigung in der Hauptsache erzielt worden, so daß damit gerechnet wird, daß die Überweisung des Zwangsanleihegesetzes und der Steueranträge an den Steueraussschuß keinen ernsthaften Widerständen mehr begegnen. In materieller Beziehung wird unter den Parteien eine Verständigung über die Einkommensteuer in der Richtung angestrebt, daß die Steuererträge und das gesetzliche Mindestmaß für Werbungskosten den durch die Geldverhältnisse inzwischen veränderten Verhältnissen an-

gepaßt wird. Man dürfte sich, wie wir glauben, etwa dahin einigen, daß der 10prozentige Steuerfuß bis auf etwa 80 000 Mark ausgedehnt und der jetzige steuerfreie Betrag für Werbungskosten von 5400 M. verdoppelt wird.

### Tagung der deutschen Zeitungsverleger.

Nachdem im Verlauf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Verleger interne Vereinsangelegenheiten erledigt waren, wandte sich die Versammlung dem Hauptgegenstand, den Beratungen der Not der deutschen Presse zu. Herr Dr. Knittel (Karlsruhe) entwarf ein erschütterndes Bild von dem erscheinenden Niedergang der Presse.

Hierauf unterstrich Staatssekretär Dr. Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, der als Vertreter der Reichsregierung und in deren Auftrag erschien und die Herausgeber der deutschen Tageszeitungen mit den Gefühlen besonderer Genugtuung begrüßte, die nationale, politische und kulturelle Bedeutung der deutschen Presse in ihrer jetzigen Struktur. Ausgehend von der allgemeinen Wirtschaftslage gab er die Grundgedanken des Gesetzesentwurfes zur Linderung der Not der deutschen Presse bekannt, den die Reichsregierung vorgestern angenommen hat. Der Gesetzesentwurf, der in den nächsten Tagen dem Reichsrat vorgelegt wird, stellt einen Versuch dar, der wirtschaftlichen Notlage der deutschen Presse, die von der Reichsregierung und den Parlamenten in vollem Umfange anerkannt wird, in gewissem Maße zu steuern. Die Ausführungen des Staatssekretärs bildeten den Höhepunkt der gesamten Tagung. Sie fanden das größte Interesse und lebhaften Beifall der Versammlung.

In der Debatte wurde einmütig betont, die deutsche Presse müsse angesichts der sich dauernden Verschärfung der Lage erwidern, daß die Vorschläge der Reichsregierung noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages Gesetzeskraft erhalten, da sonst, wie Redner aus allen Teilen des Reiches ausführten, jede Maßnahme zu spät komme.

Als Ort der nächsten Tagung wurde Breslau gewählt.

### Kurze polit. Nachrichten.

\* Anlässlich des Todes des neuen schweizerischen Gesandten in Berlin, Dr. Carlin, hat der Reichspräsident an die Witwe des Verstorbenen nachstehendes Beileidetelegramm gerichtet: In tiefster Bewegung erfahre ich frohen den plötzlichen Tod Ihres Herrn Gemahls. Vor wenigen Tagen erst konnte ich ihn in Deutschland bewillkommen. Nun hat ein tragisches Schicksal seinem edlen Streben, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Völkern zu pflegen, ein jähes Ende bereitet. Ich bitte, meiner aufrichtigen Teilnahme versichert zu sein. Hg. Ebert.

\* Keine Erhöhung der Umsatzsteuer. In Anbetracht der vollkommenen wirtschaftlichen Unmöglichkeit, eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer zu ertragen, hat sich der Zentralverband des Deutschen Großhandels auf die in der Presse erschienene Meldung, daß eine solche geplant sei, unverzüglich an das Reichsfinanzministerium gewandt. Die zuständigen Deputierten haben daraufhin die bindende Erklärung abgegeben, daß irgendwelche Absichten auf eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer im Finanzministerium nicht beständen.

\* Minister Hermes und Herr Fall Augustin. Der Untersuchungsausschuß des Reichstages in der Angelegenheit des Minister Hermes, stimmte im Falle Augustin über die gestellten Fragen ab, ob dem Minister der Vorwurf zu machen sei, daß er nicht zur richtigen Zeit oder nicht in der richtigen Weise gegen Augustin vorgegangen sei und ferner, ob dem Minister der Vorwurf zu machen sei, daß er Augustin zum Abteilungsleiter ernannt habe, obwohl er Kenntnis von dessen Verfehlung gehabt habe. Beide Fragen wurden mit allen gegen 1 Stimme und bei 1 Stimmenthaltung verneint.

Der französische Militarismus. Die französische Kammer lehnte mit 288 gegen 268 Stimmen einen Zusatzantrag ab, auf Grund dessen Sabaten aus Familien mit vier oder mehr Kindern nach einjähriger Dienstzeit beurlaubt werden sollen. Der Herr Reichsausschuß und der Kriegsminister erklärten dagegen den Zusatzantrag anzunehmen, auf Grund dessen der älteste Sohn

einer Familie von fünf lebenden oder auf dem Felde der Ehre gefallenen Kindern sechs Monate weniger dient. Dieser Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.

### Badische Uebersicht.

#### Badischer Landtag.

##### Das Landeskirchensteuergesetz.

Bei der Beratung dieser Gesetzesvorlage im Haushaltsausschuß, für welche Abg. Mayer (deutschnational) Bericht erstatter ist, wurde in der allgemeinen Debatte die Frage gestreift, ob der Staat auch künftig die Kirchensteuer einzuziehen habe. Die Sozialdemokratie erklärte, daß dies nicht mehr zeitgemäß sei; es genüge, wenn der Staat den Kirchen die Steuerlisten zur Verfügung stellt. Von Seiten des Zentrums wurde der Einwand erhoben, daß die Angelegenheit reichsgesetzlich geregelt sei. Auf Antrag der Kirchen kann der Einzug der Kirchensteuern durch den Staat erfolgen. Der Kostenersparnis halber sei dies auch das zweckmäßigste. Ein deutschnationaler Vertreter stimmte dem zu; auch der evangelische Oberkirchenrat in Baden läßt die Kirchensteuer durch den Staat erheben. Die Regierung erklärt, sie könne den Kirchen keine Berechtigung nehmen, die ihnen durch das Reichsgesetz gegeben ist. Ein demokratischer Redner stellt sich auf den Boden der Vorlage.

Bei der Einzelberatung wurde in Art. 1 der Abtheilung: „Voraussetzung der Besteuerung“ auf Antrag des Berichterstatters und nachdem auch das Zentrum sich dafür erklärt hatte, der folgende Absatz 3 gestrichen: „Die im Lande Baden mohnhaften Katholiken bilden im Sinne des gegenwärtigen Gesetzes eine besondere öffentliche Korporation.“ Gegen diesen Antrag, der von demokratischer und sozialistischer Seite abgelehnt wurde, setzte sich insbesondere ein demokratischer Vertreter ein. Er beantragte die folgende Entschlieung, welche auch angenommen wurde: „Der Landtag wolle beschließen, zu erklären, daß durch den Strich des Abs. 3 des Artikels 1 in dem bestehenden Rechtszustand hinsichtlich der Körperschaftsrechte der Katholikengemeinschaft nichts geändert werde, sondern die religiöse Gemeinschaft der Katholiken eine Körperschaft des öffentlichen Rechts im Sinne des § 18 Abs. 3 der badischen Verfassung ist.“

Die Frankenswährung für die in der Schweiz wohnenden zurückgekehrten ehemals badischen Beamten.

Die Zentrumsfraktion hat schon im März d. J. den folgenden Antrag eingereicht:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß den zurückgekehrten ehemals badischen Beamten der Eisenbahn- und Zollverwaltung und den Hinterbliebenen solcher Beamten, die auf Schweizer Gebiet wohnen, ihre Bezüge wie früher in Frankenswährung solange bezahlet werden, als sie infolge der Wohnungsnot gezwungen sind, in der Schweiz zu wohnen.“

Die Regierung erklärte, daß sowohl das Reichsverkehrsministerium wie das Reichsfinanzministerium es abgelehnt hätten, nach diesem Antrage zu verfahren. In Betracht kommen bei der Zollverwaltung 14, bei der Eisenbahn 100 Personen. Es werde deshalb wenig nützen, wenn die badische Regierung abermals vorstellig werde. Gleichwohl wurde der Antrag der Zentrumsfraktion vom Haushaltsausschuß angenommen.

Die Tagesordnung der nächsten Sitzung, am Montag, den 19 Juni, nachmittags halb 4 Uhr, weist außer der Anzeige neuer Eingänge folgende Punkte auf:

### Landestheater.

Die letzte (10.) Abendfeier am Montag,

den 19. ds. Mts. wird, so weit es in dem engen Rahmen eines Tanzabends möglich ist, eine Übersicht über die Entwicklung der Tanzkunst geben. Bei Aufstellung des Programms ist, so schreibt man uns, auf die zeitliche Folge der verschiedenen Tanzarten in erster Linie Rücksicht genommen. Der Abend beginnt mit Tänzen altfranzösischer Schule — ist doch Frankreich die Wiege dessen, was man über ein Jahrhundert als Tanzkunst zu sehen gewöhnt war. Bis heute haben sich die französischen Benennungen der tanztechnischen Übungen und fast der meisten Tanzschritte erhalten und so lange keine bessere Methode zur Erlangung der Körperbeherrschung gefunden ist, werden auch die grundlegenden Übungen der damaligen Zeit immer noch brauchbar und erfolgreich sein.

Der 1. Teil bringt eine Aufführung Rameau'scher Tänze, wobei besonders zu bemerken ist, daß zu der Zeit noch in Schuhen mit Absätzen getanzt wurde und der Bühnentanz starke Anlehnung an die Gesellschaftstänze zeigte, auch das pantomimische jedem Tanz eine Handlung gab, seitdem Rosette gegen die Sinn- und Inhaltslosigkeit kämpfte. Erst die berühmte Tänzerin Camargo brachte das Tanzen in abschloßen Schuhen und auf der sogenannten demi-point in Mode. Dies betont die zweite Nummer, eine „Musette“ und ein „Air gai“ von Gluck. Wie denn durch die Camargo und ihre Nachfolgerinnen überhaupt der Anstoß zu dem bald in Erscheinung tretenden Epigentänzen gegeben wurde und das „pas de deux“ erst nach ihrer Zeit allgemein üblich wurde. Mit einem Ballett, wie es fast ein volles Jahrhundert unter der Bezeichnung „Ballet serieux“ oder „danse classiques“ verstanden wurde, schließt der erste Teil ab.

Es gab natürlich auch früher Reformbestrebungen und denkende, nicht nur tanzende Künstler beim Ballett. Diesen waren die strengen Regeln der alten Schule, die selbst kleinste Abweichungen vom Altbergebrachten unmöglich machten, jede Aufferung von Persönlichem geradezu unterdrückten, lästig und sie freibeten nach Wilderung der Strenge. Diese Künstler — allen voran Fanny Elster — hatten den Mut, sich in den sogenannten „Nationaltänzen“ über die Vorschriften des „pas se-

rieux“ hinwegzusetzen und ihrem Temperament wenigstens etwas Spielraum zu verschaffen. Nachdem in manchen Opern endlich Tänze wie „L'arantella“, „Bolero“, „Danse bohème“ und dergleichen aufstiegen und in der sogenannten gemischten Tanzart gelangt wurden, tanzte man mindestens ebensoviele diese Tänze, wie die „danse classiques“. Es ist eigentümlich, wie der „maitre de ballet“ der damaligen Zeit die Schritte und Bewegungen der Nationaltänze immer wieder mit Schritten der reinen Ballettschule verbindet, ja sie oft so verändert, daß sie kaum wiederzuerkennen sind. In diese Zeit fällt auch die Einführung der kurzen Tanzröden, des sogenannten „Tutu“ durch Pepita de Oloro. Der zweite Teil bringt einige Tänze in dieser, heute fast aus der Mode gekommenen Tanzart; dabei ist zu beachten, daß die Grundform der Bekleidung immer noch das alte Ballett-Gänserköckchen bleibt.

Lange Zeit blieb auf dem Gebiete der Tanzkunst alles unverändert, die Schüler ahmten ihre Lehrer nach und es schien fast unmöglich, in den engen Grenzen Neues zu schaffen. Fanden sich hier und dort Künstler mit eigenen originellen Ideen, so gingen sie zu dem glänzend zahlenden Varieté, begnügten sich mit den materiellen Erfolgen und waren an der Entwicklung der Tanzkunst nicht mehr interessiert. In eine Zeit, da man nichts mehr auf die Qualitäten des Tanzpersonals gab, wo nur noch Massen durch Mannigfaltigkeit der Tanzfiguren und Pracht der Aufmachung wirkten, wo nur rein akrobatische Fertigkeiten am Ballettloft geschätzt wurden, fällt der Beginn einer noch jetzt nicht abgeschlossenen Bewegung zur Erneuerung und Befreiung, richtiger gesagt, Vertiefung und Beseelung der Tanzkunst. Man mag über Jabara Duncan noch so verschiedener Meinung sein, niemals wird bestritten werden können, daß durch sie die erste Anregung zu der jetzt noch andauernden Bewegung gegeben wurde und daß sie vielen durch ihr Beispiel Mut gemacht hat, persönlichen im Tanz zu geben. Darum beginnt der III. Teil, der Tänze neuerer Tanzart bringt, mit Kindertänzen nach Mozartschen Klängen. Hat man doch seitdem die alten Meister wieder ausgegraben und wenn auch manche Geschmacklosigkeiten dabei begangen, viel schöne, sonst vielleicht vergessene Tanzmusik ihrer Bestimmung zugeführt. Typisch für die Zeit nach der Duncan sind noch die Wiener Walzertänze der Geschwister Biesenhal;

auch sie haben ihr Teil zur Erneuerung der Tanzkunst beigetragen, gleichzeitig beweisend, daß durch Schulung des Körpers in der alten Ballett-Tradition nichts verdorben wird, wie manche fanatischen Anhänger des „Natur-Tanzes“ derzeit beweisen wollten. Auf dem Gebiete der Nationaltänze äußerte sich der Einfluß des russischen Ballets dadurch, daß alles „ballett“-mäßige streng vermieden und die Einzelheiten der betreffenden Tänze möglichst treu gewahrt wurden.

Stets ist die Tanzkunst durch die bildenden Künste beeinflusst, und in engerer Fühlung mit ihrer Schwesterkunst der Musik geblieben. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn die jüngste Richtung der anderen Künste auch auf die Tanzkunst starke Einwirkung zeigt und wenn es neben dem Expressionismus in Musik und Malerei in der Tanzkunst ebenfalls eine expressionistische Richtung gibt. Sogar kubistisch-futuristische Versuche sind gemacht; da es aber im engen Rahmen der „Abendfeier“ nicht möglich ist, eine lückenlose Übersicht zu geben, so ist bei den neuen Tänzen dieselbe Einschränkung geboten, wie bei den alten; es kann nur das für einen Entwicklungsabschnitt Typische gebracht werden. Dazu gehören unbedingt die Tänze des Schwiegenh. d. h. ohne Musikbegleitung. Sie stellen wohl so ziemlich das Neueste auf dem Gebiete der Tanzreform vor; ob sie Aussicht haben, sich durchzusetzen, weiß niemand. Vorläufig sind sie etwas ganz Ungewohntes weil man Tanz von Musik noch nie getrennt hat.

Neben allen Arten von Bühnen- und Kunsttänzen gab es immer eine liebenswürdige, leichtere Art des Tanzens, die sich zwischen Gesellschafts- und Kunsttanz hielt, von jedem etwas brachte und stets des Erfolges sicher war. Sie nahm aber jederzeit mehr von den geltenden Gesellschaftstänzen als vom Kunsttanz und naturgemäß auch die Musik derselben als Grundlage. Ist es ein Wunder, wenn Foxtrott, One Step, Jazz und Shimmy einen Tanzkünstler zu grotesken Anzeigen, der schwächende Posten oft sentimentale Liebesjahren entstehen läßt? Den Abschluß des Abends bilden drei derartige, von Alfred Lorenz komponierte Tänze, weil das Bild nicht vollständig wäre, würde diese zu allen Zeiten gültige Verbindung zwischen Bühnen- und Gesellschaftstanz fehlen.

**SIE SCHONEN HERZ u. GELDBEUTEL**  
wenn Sie den guten  
**Kaffereiners Malzkaffee**  
trinken.  
Reiner, würziger  
Geschmack. Bekömmlich.  
Acusserst sparsam!

1. Abstimmung über den Gesetzentwurf über die Änderung des Gesetzes über die Befreiung des außerordentlichen Staatsbedarfs für die Förderung des Wohnungsbaus vom 6. Oktober 1921 (Druckf. Nr. 99).

II. Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1922 und 1923, und zwar Hauptabteilung III: Finanzministerium, die Anträge der Abgeordneten:

1. Müller und Gen., die Reichsvermögenssteuer betr. (Druckf. Nr. 3).
2. Müller und Gen., die Reichseinkommensteuer betr. (Druckf. Nr. 4).
3. Stöck und Gen., das Reichseinkommensteuergesetz betr. (Druckf. Nr. 4a).
4. Weiskopf und Gen., die Befreiung von der Umsatzsteuer für den Eigenverbrauch der Erzeuger betr. (Druckf. Nr. 5).
5. Kläber und Gen., die Befreiung von Umsatzsteuer für sogenannten Eigenverbrauch, bei Notzuschüßungen, bei Viehhahngabe an den Feindbund und aus der Weinsteuern betr. (Druckf. Nr. 5a).
6. Weiskopf und Gen., die Einführung einer Reichsversicherungsteuer betr. (Druckf. Nr. 6).
7. Gebhard und Gen., die Geldwertsteuer in Form einer Zwangshypothek betr. (Druckf. Nr. 8).
8. Hertle und Gen., Entschädigung der Landwirte, die bei der Durchführung der Reduktion von Grundbesitz verlieren, durch in staatlichem Eigentum stehende Gelände betr. (Druckf. Nr. 18).
9. Dr. Mattes und Gen., Steuerabzüge, die nur auf Antrag gewährt werden, betr. (Druckf. Nr. 23).
10. Wehrle und Gen., die Umsatzsteuerbefreiung für ledige Personen mit Einkommen unter 5000 M. betr. (Druckf. Nr. 24).
11. Ziegelmaier-Oberkirch und Gen., die Einkommensteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger betr. (Druckf. Nr. 35).
12. Seubert und Gen., die Frankenwährung für die in der Schweiz wohnenden zurückgekehrten ehemals badischen Beamten betr. (Druckf. Nr. 62).
13. Vogt und Gen., den Steuerkompromiß betr. (Druckf. Nr. 71).
14. Dr. Mattes und Gen., die Zusammensetzung der Steueraussschüsse betr. (Druckf. Nr. 76).
15. Marum und Gen., die Feuertaxenbefreiungen betr. (Druckf. Nr. 8).
16. Schmidt-Bretten und Gen., Laubsteuer betr. (Druckf. Nr. 15).

owie die einschlägigen Gesetze (Druckf. Nr. 53b), Berichterstatter Abg. Seubert;

damit in Verbindung: Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abgeordneten:

1. Schmidt-Bretten und Gen., Befreiung der Umsatzsteuer

für Eigenverbrauch aus Notzuschüßungen und aus der Weinsteuern betr. (Druckf. Nr. 5b).

2. Schmidt-Bretten und Gen., die Zwangshypothek betr. (Druckf. Nr. 8a).

3. Strobel und Gen., die Entnahme von Möbelgarnituren aus dem Schlosse in Mannheim betr. (Druckf. Nr. 19).

Als Nachtrag wurde noch der folgende weitere Punkt in die Tagesordnung aufgenommen:

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1922 und 1923, Hauptabteilung III, Anlage 1: Amortisationskasse (Druckf. Nr. 53b), Berichterstatter Abg. Dr. Zehner.

### Eine Feststellung.

Aus dem Befreiungsbereich wird uns geschrieben: Das „Karlsruher Tagblatt“ brachte dieser Tage an der Spitze seines badischen Teiles eine Notiz zum Ausländerverkehr in Baden, in der behauptet wurde, die Maßnahmen der Regierung gegen den Fremdenverkehr (starke steuerliche Belastung) hätten in allen Schwarzwaldbädern eine ungeahnte Wirkung ausgeübt, überall rüsteten sich die Ausländer zur Abreise. Die Zeitungen in Holland, Amerika, England und in den skandinavischen Ländern enthielten spaltenlange Berichte über die Polizeibehandlung in Deutschland. Die wirtschaftlichen Folgen für den Schwarzwald begannen sich bereits bemerkbar zu machen.

Wir wollen uns hier auf eine weitere Auseinandersetzung über die Ausländerfrage in Baden nicht einlassen; wir möchten der Redaktion des „Karlsruher Tagblatts“ nur empfehlen, ehe sie nochmals eine derartige Meldung, bei der auch der harmloseste Referent Quelle und Tendenz sofort erkennen muß, aufnimmt, sich vorher einmal darüber zu vergewissern, ob eine so aufsehenerregende Behauptung auch zutreffend ist. Zu dieser Feststellung hätte in diesem Falle ein Blick in das Badische Blatt der Stadt Baden-Baden genügt. Nach der dort wieder gegebenen Kurze sind in der Zeit vom 14.—16. Juni 346 Fremde in Baden-Baden angekommen, unter denen sich mehr als ein Drittel Ausländer aus aller Herren Länder befindet. So verheerend scheinen die neu eingeführten amtlichen Taxen also doch nicht auf den Fremdenverkehr in Baden gewirkt zu haben. Im übrigen sollten die badischen Zeitungen, die diese Meldung des „Karlsruher Tagblatts“ eifrig und kritiklos nachdrucken — oder ist sie von einer bestimmten Stelle aus an alle Zeitungen gegeben worden? — doch bedenken, daß sie nicht ausschließlich Hotelbesitzer als Abonnenten und Inserenten haben.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Freiburg, 16. Juni. Im Alter von 50 Jahren ist nach kurzer schwerer Krankheit Professor Dr. Max Wingenroth gestorben, der sich als Konservator der städtischen Sammlungen einen Namen gemacht hat. Durch seine vielfachen Veröffentlichungen

auf dem Gebiete der heimatischen Kunst, durch die Herausgabe eigener Schriften in dieser Richtung, ist er weiten Kreisen bekannt geworden, wie er auch als Sachverständiger auf kunsthistorischem Gebiete gern zu Rate gezogen wurde. Als voriges Jahr die Stadt Freiburg ihr 300jähriges Bestehen feierte, stellte er in den Räumen der alten Universität die Freiburger Jubiläumsausstellung zusammen, aus der man einen guten Überblick aus der geschichtlichen Entwicklung des Breisgau und insbesondere der Stadt gewinnen konnte. Bis zuletzt war er an dem Ausbau des alten Theaters zu einem städtischen Sammlungsgebäude tätig.

### Aus der Landeshauptstadt.

\* Der Arbeiter-Bildungsverein bezieht am Samstag bezw. Sonntag sein 60. Stiftungsfest mit einem Bankett, bei dem u. a. eine Anzahl von Mitgliedern des Landestheaters mitwirken, sowie mit einem Festakt, bei dem u. a. ein Festspiel „Der wandernde Kranz“ von F. Hindenlang zur Aufführung kommt. Den Beschluß bildet ein Ball.

### Staatsanzeiger.

#### Bekanntmachung.

Die Gelbblotterie des badischen Beamtenbundes betr. Dem badischen Beamtenbund, Sitz Karlsruhe, wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer weiteren Gelbblotterie zugunsten des Beamtenberufshilfsvereins Hornberg, bei welcher 1554 Geldgewinne und 1 Prämie im Gesamtbetrag von 40 000 M. ausgespielt und 30 000 Lose, das Stück zu 4,17 M. und 88 Pf. Reichsteilungsgabe ausgegeben werden, erteilt. Ziehungstag: der 15. September 1922.

Karlsruhe, den 9. Juni 1922.  
Ministerium des Innern.  
J. B. Leers. Schmidt.

Die Breisgau-Apotheke in Freiburg (Stadtteil Stühlinger) betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Breisgau-Apotheke in Freiburg, Stadtteil Stühlinger, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Übertragung der Konzession auf die Stadt Freiburg bleibt vorbehalten.

Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen 4 Wochen hierher einzureichen.  
Karlsruhe, den 14. Juni 1922.

Ministerium des Innern.  
Der Ministerialdirektor:  
J. A. Arnspurger. Keller.

### Badisches Landestheater.

sonntag, 18. Juni. 6 1/2—10 Uhr. 60 Mk.

### CARMEN.

### Arterien-Verkalkung

Gicht/Gelenkrheumatismus/Steinleiden ist heilbar. 21. Prospekte gratis.  
Bio-Chemie-Compagnie, Essen.

### Dresdner Bank

Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M.  
Rückstellungen: 400 Millionen M. :-

Niederlassungen in Baden:

Mannheim :: Heidelberg  
Freiburg i. B. :: Konstanz

Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-

№ 959

### Charakter- deutung

(20 Zeilen in Tinte gesch.)  
Mark 6.60 a. 5088

### Grapholog. Institut

H. S. Ritter

Karlsruhe, Körnerstraße 30

Durch rechtskräftiges Urteil des Landgerichtes Freiburg i. B. wird die Gesellschaft „Briettwert Freiburg G. m. b. H.“ aufgelöst. Etwasige Gläubiger wollen ihre Forderungen einreichen an:  
Briettwert Freiburg G. m. b. H. in Liquidation.

### Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

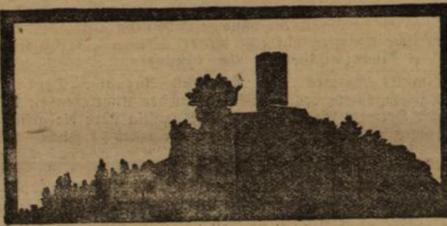
№ 875.2.2 Karlsruhe. Die Landwirte Albert Seifert, Eberhard zu Karlsruhe,

Goethestraße 2, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Dres. Dieb, Kirchenbauer, Weill und Sicking hier, klagt gegen ihren genannten Ehemann, zuletzt zu Karlsruhe, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund des § 1568 BGB., mit dem Antrage auf Scheidung der zwischen den Streitparteien am 5. Februar 1919 zu Karlsruhe geschlossenen Ehe aus Verschulden des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die VI. Zivilkammer des Landgerichtes zu Karlsruhe auf Samstag, den 21. Oktober 1922, vorm. 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, 13. Juni 1922.  
Der Gerichtsschreiber des Landgerichtes.



Soeben erscheint in vollständiger Umarbeitung:

## Der Kraichgau

Von

Dr. Friedrich Mey

Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage

Mit vielen Abbildungen

Preis M. 100.—

Inhalt: I. Landesnatur. Name und Grenzen. — Die Oberflächenformen. — Das Klima. — Quellen und Grundwasser. — Die Bäche. — Die Pflanzenwelt. — Die Tierwelt. II. Die Siedlungen. III. Die wirtschaftlichen Verhältnisse. IV. Die Bevölkerung.

Die freundliche Aufnahme, die f. Z. die erste Auflage des vorliegenden Buches erfahren hat, haben Verfasser und Verleger ermuntert, es in neuer Gestalt erscheinen zu lassen. Während früher der Charakter der Untersuchung vorwiegend auf die Siedlungen und die wirtschaftsgeographischen Verhältnisse erstreckt, ist in der neuen Auflage versucht, das Gesamtbild einer badischen Landschaft zu geben. Nimmt auch die Schilderung der Kulturlandschaft, wie es angeeignet erscheint, den breiteren Raum ein, so sind doch auch die natürlichen Verhältnisse nicht zu kurz gekommen. Liefert noch als früher sind die mannigfachen Wechselwirkungen, die Land und Leute verbinden, dargestellt. Eingehend ist ausgeführt, wie die Kultur von dem Lande Besitz ergrieffen und in das Land ihre Geschichte eingetragene hat. Städte, Dörfer, Höfe, Burgen und Schlösser und die ländlichen Siedlungen ziehen an unserm Auge vorüber. In gleicher Weise sind die sozialen und kulturellen Verhältnisse wie die Wirtschaft geschildert. Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Verkehr haben eine eingehende Würdigung erfahren. Wie das Buch selber nicht nur aus trockener Väterweisheit geschöpft hat, sondern vielfach erwandert ist, will es all denen ein Wegweiser sein, die den Wanderstab in die Hand nehmen und das alte Kulturland des Kraichgauer durchstreifen wollen. Es wendet sich an alle, die Sinn und Verständnis für die Schätze haben, welche die Heimat birgt, und will insbesondere der Lehrerschaft eine Handhabe für den heimatkundlichen Unterricht bieten. Darüber hinaus aber soll es helfen, geographische Bildung zu verbreiten, die unserm Volke noch vielfach ermangelt.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vom

Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe, Karlsruherstraße 14



Soeben erscheint:

## Geschichten und Bilder aus dem Kraichgau

Land, Leute, Kunst und Kultur

(Sonderausgabe „Badische Heimat“ 1922 Heft 1-3)

Mit 79 Abbildungen

Gesamtpreis M. 50.—, gebunden M. 80.—

Inhaltsübersicht: Der Kraichgau. Von Fr. Mey (5 Abb.). — Die Oberflächengestaltung des Kraichgauer. Von Alb. Grimm (6 Abb.). — Das Steinzeitalter auf dem Michaelsberg (3 Abb.). — Die Römer im Bruchsal und Kraichgau. Von G. Hirsch (3 Abb.). — Zur Baugeschichte der Stadt Bruchsal. Von H. F. Heiligenthal (5 Abb.). — Kardinal Schönborn auf Reisen. Von Fr. Hirsch (1 Abb.). — Das Bruchsaler Schloßmuseum. Von A. Wetterer (1 Abb.). — Die Gabelins des Bruchsaler Schlosses. Von Hans Rott (10 Abb.). — Zwei Bruchsaler Bräutchen im Bruchsaler Schloß. Von A. M. Maier (3 Abb.). — Die Handschriften Bruchsal I und II in der badischen Landesbibliothek. Von Otto Homburger (4 Abb.). — Die städtischen Sammlungen in Bruchsal. Von Mich. Schmitt (4 Abb.). — Das heutige Bruchsal. Von Dr. Josef Münch (5 Abb.). — Samuel Friedrich Sauter. Von G. E. Wuffe. — Bretten. Von Bernh. Weis (16 Abb.). — Das Fachwerkhäuser in Eppingen. Von Ludwig Schmieder (9 Abb.). — Sinsheim. Von Fr. Mey (5 Abb.). — Kraichgau-Bibliographie.